

BDM/EMB-Manifest **zum informellen Ministertreffen in Koblenz vom 30.8. – 1.9.2020**

Die Landwirtschaft und insbesondere die tierhaltenden Betriebe sind eine der tragenden Säulen in den ländlichen Räumen. Sie sorgen mit der Produktion von Lebensmitteln für Ernährungssicherheit auch in schwierigen Phasen, sind gerade auch in strukturschwachen Räumen Ankerpunkt für viele Arbeitsplätze auch im vor- und nachgelagerten Bereich, gestalten die ländlichen Räume mit und sind (noch) fester Bestandteil im sozialen Dorfgefüge. Die Aufgabenfülle der Landwirtschaft wird mit Blick auf notwendige Leistungen für Umwelt, Klima und Naturschutz oder die Erfordernisse zukünftiger Energieerzeugung weiter zunehmen. Für all diese Aufgaben braucht es eine ökonomisch sehr solide aufgestellte Landwirtschaft. Nur wirtschaftlich gesunde Betriebe sind in der Lage, sich flexibel an die sich wandelnden Anforderungen anzupassen.

Durch die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf die globale Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungs- und Verarbeitungsindustrie ist die Landwirtschaft in eine sehr bedenkliche Situation geraten. Die mit der MacSharry-Reform 1992 verbundene politisch gewollte Absenkung der Preise für Agrarprodukte hat die bäuerlich denkende und handelnde Landwirtschaft ökonomisch und mental in eine Sackgasse geführt. Die der Landwirtschaft im Gegenzug zur Agrarpreissenkung zunächst als Anpassungshilfen bis zum Jahr 2000 zugestandenen Agrargelder sind längst zu einem wesentlichen Einkommensbestandteil der Landwirtschaft geworden. Wir Bäuerinnen und Bauern hängen sozusagen am Tropf des Staates. Diese Gelder stehen zunehmend in der öffentlichen Kritik und werden immer stärker an gesellschaftlich notwendige Leistungen gebunden werden müssen, verlieren damit aber ihre Einkommenswirksamkeit. Zur mittel- und langfristigen Sicherung der Agrargelder sind die im Green Deal und in der Farm-to-Fork-Strategie aufgezeigten Gedanken folgerichtig.

Bei einer objektiven Bewertung der Auswirkungen der EU-Agrarmarktpolitik der letzten drei Jahrzehnte ist festzuhalten:

- Durch die fehlende Wirtschaftlichkeit in der Landwirtschaft stellen immer mehr Höfe, vor allem auch tierhaltende Betriebe, die Bewirtschaftung ein.
- Die stark fokussierte Ausrichtung auf globale Wettbewerbsfähigkeit erhöhte den Intensivierungsdruck in der Flächenbewirtschaftung, der Tierhaltung und der Arbeitsbelastung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen enorm.
- Die arbeitsteilige Landwirtschaft mit ihrer Verlagerung der Produktion in so genannte Gunstlagen führte zu einem immer negativeren Klimafußabdruck der Landwirtschaft.

- Ein wesentlicher Faktor dabei ist die beachtliche Abhängigkeit von Importfuttermitteln aus Drittländern und den daraus folgenden Nährstoffüberschüssen.
- Mit der permanent über der Binnennachfrage liegenden EU-Agrarproduktion in wesentlichen Sektoren (Fleisch, Milch) ist ein enormer Marktdruck auf die Primärstufe verbunden.
- Damit verbunden ist ein Machtgefälle zu Ungunsten der Primärstufe gegenüber der Sekundärstufe, sozusagen amtlich bestätigt durch die Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamtes.
- Die Milchviehhaltung ebenso wie die Fleischerzeugung haben gegenüber der Verarbeitungsindustrie nicht im Ansatz eine Marktstellung auf Augenhöhe. Die Preise für ihre Agrarprodukte werden von den Abnehmern de facto diktiert.

Fazit: Von der Ausrichtung der Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte haben weder die Landwirtschaft, noch die Gesellschaft, noch Umwelt, Natur und Klima profitiert. Auch für das Tierwohl ist die vor allem auf Wettbewerbsfähigkeit ausgelegte AgrarMARKTpolitik abträglich. Einzige Gewinner dieser Agrarpolitik sind die Konzerne der Ernährungs- und Verarbeitungsindustrie. Einige wenige Akteure auf dieser Wertschöpfungsebene haben damit Milliardenvermögen aufbauen können. Dieser Situation muss bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP Rechnung getragen werden. Agrarpolitik muss mehr sein und mehr leisten als Geldverteilen. Die Gemeinsame Marktordnung muss so ausgestaltet werden, dass die Marktstellung der Primärstufe (Erzeugung) gegenüber der Sekundärstufe (Verarbeitung) sehr deutlich verbessert werden kann.

Der BDM e. V. hat dazu für den Milchbereich mit den in der BDM-Sektorstrategie 2030 beschriebenen Maßnahmen eine Diskussionsgrundlage vorgelegt. Diese ist jederzeit auf alle anderen Produktionssektoren der Landwirtschaft in ähnlicher Form übertragbar. Das Haupteinkommen der Bäuerinnen und Bauern muss wieder aus dem Verkauf der von ihnen erzeugten Agrarprodukte erzielbar sein. Nur dann können die in Green Deal und Farm-to-Fork-Strategie genannten Aufgaben und Ziele durch eine von der Gesellschaft gewünschten bäuerlich geprägten Landwirtschaft auch erbracht werden. Bäuerlich geprägte Landwirtschaft bedeutet vor allem ein Wirtschaften in Nährstoffkreisläufen, ein Denken in Generationen und entsprechend nachhaltiges Wirtschaften.

Um den politischen Prozess hin zu einer EU-Agrarpolitik im Sinne der Bäuerinnen und Bauern, der Gesellschaft und des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes sowie des Tierwohls einzuläuten und voranzutreiben, haben sich neun Verbände und Organisationen der Landwirtschaft auf ein gemeinsames Positionspapier unter dem Titel

„Jetzt umsteuern in der Agrar(markt)politik“

verständigt - mit nachfolgenden Forderungen an die Politiker auf EU-, Bundes- und Länderebene:

- 1) **Im Zuge der Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP 2020 muss auch die Gemeinsame Marktordnung GMO umgesteuert werden:**
Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, müssen die Zielvorgaben für die Landwirtschaft mindestens auf europäischer Ebene einheitlich definiert sein. Die Ausrichtung der europäischen Agrarmarktpolitik auf weltweite Wettbewerbsfähigkeit über Billigpreise muss überdacht und umgesteuert werden. Milch und Fleisch sind – wie auch andere Agrarprodukte - keine Rohstoffe, sondern Lebensmittel. Die Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft müssen einen Marktwert erhalten.
- 2) **Es braucht politischen Nachdruck, um die Marktstellung der Milchviehhalter deutlich zu verbessern.** Zwei sehr eindeutige Berichte des Bundeskartellamts 2012 und 2016 belegen die miserable Marktposition der Milchviehhalter im Verhältnis zu den Molkereien und die nur sehr eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Milchviehhalter. Das muss sich ändern! Wir sehen, dass sich die Politik zunehmend aus der Marktgestaltung zurückziehen will und sind bereit, Eigenverantwortung zu übernehmen. Um den Milchviehaltern eine echte, wettbewerbsstarke Interessensvertretung zu ermöglichen, ist die Milchviehhaltung als eigenständige Branche anzuerkennen und damit die Bildung einer wirkmächtigen Branchenorganisation Milchviehhaltung zu ermöglichen. Für andere Sektoren der Landwirtschaft ist dies ebenfalls denkbar und notwendig.
- 3) **EU-Agrarreform:** Das betriebliche Einkommen muss aus den Markterlösen generiert werden können. Darüber hinaus ist es notwendig, die vorhandenen finanziellen Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik zielgerichtet einzusetzen, dass Bäuerinnen und Bauern für Umwelleistungen und Tierwohl gezielt und über den reinen Ertragsausfall hinaus entlohnt werden. Die Gelder müssen so verteilt werden, dass sie der ganzen Breite des Berufsstandes zugutekommen.
- 4) **Außenhandel für Bäuerinnen und Bauern:** Keine Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens durch Deutschland und auch keine weiteren Verhandlungen von Freihandelsabkommen der EU mit Neuseeland und mit Australien, die mehr unqualifizierte Milch- und Rindfleischimporte in die EU bringen werden. Die EU-Handelspolitik ist so auszugestalten, dass bei allen Handelsabkommen hiesige Standards und kostendeckende Erzeugerpreise in der Landwirtschaft nicht unterlaufen werden und Berufskolleginnen und -kollegen in anderen Ländern dieser Welt nicht durch unsere Exporte benachteiligt werden. Auch bereits existierende Handelsabkommen sind so zu reformieren, dass sie die Einhaltung bestehender und sich weiterentwickelnder Standards nicht unterlaufen.

Um möglichst viele bäuerliche Betriebe erhalten zu können, hält der BDM folgende erste Schritte als Einstieg in den Umbau der EU-AgrarMARKTpolitik für notwendig:

- 1) Das bestehende Sicherheitsnetz für Agrarprodukte muss um Möglichkeiten erweitert werden, auf heraufziehende Marktkrisen zeitlich befristet mit einer EU-weiten Begrenzung des Angebots reagieren zu können. Als Grundlage dafür könnten die im BDM-Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept beinhalteten Marktinstrumente

dienen.

- 2) Die Marktstellung der Primärstufe (Erzeugung) ist mit einer Änderung des Art. 157 der GMO dahingehend zu verbessern, dass die Sektoren der landwirtschaftlichen Erzeugung als eigenständige Branche anerkannt werden können. Zudem ist der Einstieg in ein eigenverantwortliches, gemeinsames und wirkungsvolles Management der Agrarmärkte zu ermöglichen. Beispielhaft dafür könnten die in der BDM-Sektorstrategie 2030 aufgezeigten Schritte sein, ausgedehnt auf alle Sektoren der Erzeugung von Agrarprodukten.
- 3) Bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Agrargelder ist eine zunehmende Bindung der Gelder an Leistungen der Landwirtschaft für die Gesamtgesellschaft (Umwelt, Natur etc.) anzugehen. Vorschläge, wie diese zunehmende Bindung umzusetzen wäre, liegen mit den Punktemodellen der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL) und Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) vor. Um der Bedeutung der Tierhaltung für die Vitalität der ländlichen Räume gerechter zu werden, schlägt der BDM eine stärkere Gewichtung der Tierhaltung in den schon vorliegenden Punktemodellen vor.

Wir Bäuerinnen und Bauern erwarten vom informellen Ratstreffen in Koblenz zukunftsweisende Signale für eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft.

Um den notwendigen Veränderungen für Bäuerinnen und Bauern, Gesellschaft, Natur-, Klimaschutz und Tierwohl gerecht zu werden, braucht es gemeinsame Anstrengungen und entsprechende Weichenstellungen durch die europäische Agrarpolitik, insbesondere auch mit Blick auf die Märkte.